



BZI Bundeszuwanderungs-
und Integrationsrat

Bundesgeschäftsstelle

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat
Brunnenstr. 181
10119 Berlin

+49 (0)30 450 89 119
www.bzi-bundesintegrationsrat.de
office@bzi-bundesintegrationsrat.de

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat • Brunnenstr. 181 • 10119 Berlin

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 17. Dezember 2020

Pressekontakt: Dr. Deniz Nergiz, Tel 030 450 89 119

Internationaler Tag der Migrant*innen: Migrant*innen und unsere Demokratie stärken - bessere Teilhabechancen schaffen!

18. Dezember ist internationaler Tag der Migrant*innen, dazu erklärt Memet Kilic, Vorsitzender des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats (BZI):

Weltweit und in Deutschland leben so viele Menschen außerhalb ihres Herkunftslandes, wie nie zu vor. Statistisch gesehen ein Einwanderungsland zu sein, ist noch lange nicht gleichzusetzen mit einer inklusiven Einwanderungsgesellschaft – das gilt auch für Deutschland. Noch immer bestimmen strukturelle und alltägliche Ungleichheiten und Rassismus das Leben von Einwanderer*innen oder von Menschen, die als solche gelesen werden.

Die Pandemie hat die sozioökonomischen Benachteiligungen von Migrant*innen drastisch vor Augen geführt. Sie gehören zu den größten Verliererinnen dieser heiklen Ära: Sie arbeiten überwiegend in den stark betroffenen Sektoren, üben geringfügige Beschäftigungen oder gehören zu den Existenzgründer*innen. Als Konsequenz müssen sie die Krise mit wenig bis keinen Rücklagen überstehen. Oft fehlt ihnen auch das Wissen oder die technische Infrastruktur, die sie selbst oder ihre Schulkinder für agile digitale Lösungen benötigen, bspw. für online Schulunterricht bzw. online Integrationskurse.

Neben diesen akuten Problemen haben Migrant*innen, oder als solche gelesene Menschen, mit Rassismus und Diskriminierung zu kämpfen. Rassistische und rechtsradikale Kräfte sind unberechenbarer geworden, das verunsichert Migrant*innen ungemein. Sie fühlen sich vom Staat nicht ausreichend vor rassistischer Gewalt geschützt. Die Bekämpfung und Aufarbeitung rassistischer Strukturen und rechter Gewalt ist die grundsätzliche Schutzpflicht eines Rechtsstaates – die es konsequent zu folgen braucht.

Die Pandemie wird ein Ende nehmen, eine offene und inklusive Einwanderungsgesellschaft zu werden, steht uns jedoch auch danach noch als eine Herkulesaufgabe bevor. Auf diesem Weg brauchen wir eine neue, rassistisfreie und inklusive Kultur des Zusammenlebens. Diese zeichnet sich insbesondere durch gerechte Teilhabechancen und Repräsentation in institutionellen Strukturen aus sowie durch eine kollektive Identität, die auf freiheitlich-demokratischen Grundwerten und den universellen Menschenrechten fußt!

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) ist ein Zusammenschluss von Landesverbänden der rund 400 kommunalen Integrationsbeiräten. Er vertritt die Interessen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte.